



DIE BEFREIER

Am 6. Juni 1944 landen amerikanische Truppen in der Normandie.

GLANZ UND ELEND

Die Leitlinien der US-Außenpolitik folgten meist den Wirtschaftsinteressen des Landes. Nun zwingen die Krise an der Wall Street, der Aufstieg Asiens und die neue Macht der Ölstaaten Washington zu neuer Bescheidenheit.

Von Gabor Steingart

Die Präsidentschaftskandidaten hatten die staatsmännische Pose eingenommen, als sie in der Universität von Mississippi zum ersten Schlagabtausch zusammenkamen. Es sollte um Außenpolitik gehen, die Königsdisziplin der Politik.

Das ist normalerweise die Stunde, in der die Werte durch die Luft fliegen so stolz wie die Schwäne – Geostrategie, Nation Building, transatlantische Allianz. Barack Obama hatte sich mit seinen Beratern zwei Tage in ein Hotel zurückgezogen, um Eleganz und Eloquenz bieten zu können. John McCain wollte die gesammelten Erfahrungsschätze seines 72-jährigen Lebens vor Millionenpublikum ausbreiten.

Und dann das: Der Moderator der Debatte sagte, man wolle zwar vornehmlich über Außenpolitik reden, aber das schließe, fügte er streng hinzu, „per Definition“ die Finanzkrise mit ein.

Das war der Absturz aus den Wolken der hohen Politik in die Straßenschluchten von New Yorks Finanzdistrikt rund um die Wall Street. Die Schwäne sahen plötzlich aus wie Spatzen. Das Wort, das die anderthalbstündige Debatte von nun an dominierte, hieß Krise.

In welchen Winkel der Erde die beiden Kandidaten auch blickten, überall starrte ihnen dieses unamerikanische, dieses misstrauische kleine Wort entgegen: Finanzkrise, Steuerkrise, Vertrauenskrise. „Unsere Nation befindet sich in zwei Kriegen, und wir gehen durch die schlimmste

DER SPIEGEL



PRÄSIDENTENTREFFEN

Zur Eröffnung der Olympischen Spiele am 8. August in Peking präsentierten sich US-Präsident George W. Bush mit Ehefrau Laura und der chinesische Präsident Hu Jintao mit Ehefrau Liu Yongqing in schönster Eintracht den Fotografen. Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht ganz so unkompliziert. China besitzt US-Staatsanleihen im Wert von mehr als einer halben Billion Dollar, und die chinesische Führung schaut angesichts der Turbulenzen an der Wall Street eher kritisch nach Washington.

Finanzkrise seit der Großen Depression“, sagte Obama. Widerspruch war sinnlos. McCain starrte grimmig vor sich hin.

Das Erbe der knapp achtjährigen Präsidentschaft von George W. Bush fällt kärglich aus. Er hat den Nutzen für sein Land nicht mehr können. Das Ansehen der USA in aller Welt hat gelitten. Amerikanische Außenpolitik – jetzt und auf absehbare Zeit – bedeutet Krisenmanagement und die Wiederherstellung von Vertrauen. Das Vertrauenskapital vergangener Jahrzehnte, zuletzt angereichert vom Vater des jetzigen Präsidenten, der die Deutsche Einheit beförderte, und von Bill Clinton, der das Morden in Jugoslawien beenden half, ist nicht aufgezehrt, aber doch spürbar geschmolzen.

Die Weltmacht ist in Europa unbeliebt und in weiten Teilen der arabischen Welt regelrecht verhasst. Aus den Hauptstädten Indiens und Chinas schaut man mit kritischem Blick nach Washington, zuweilen kann man die Arroganz bereits spüren, die dort heranreift.

In scharfem Ton forderte jüngst die staatliche chinesische Nachrichtenagentur den amerikanischen Kongress auf, das Hilfsprogramm für die Finanzindustrie doch endlich zu beschließen. Ein Land wie China, das amerikanische Staatsanleihen im Wert

von mehr als einer halben Billion Dollar besitzt, hat nicht nur Wünsche. Man stellt neuerdings auch Forderungen.

Die amerikanische Außenpolitik wird sich in Zukunft bescheiden müssen. Der Weltmachtanspruch gilt noch, aber in weiten Teilen kann er nicht mehr durchgesetzt werden. Der Verfall einer Weltmacht ist zu besichtigen.

Mit der ökonomischen Krise und den Fehlschlägen an allen Kriegsfrenten hat ein Schrumpfungsprozess auch der politischen Kraft eingesetzt. Die USA können weiter Panzer kaufen und Aktiengeschäfte anbahnen, aber die Zahl der Partner schwindet, die bereit sind, die Kriege der Amerikaner mitzuführen und ihr riskantes Geschäftsgebaren zu verteidigen.

Auch ein Mann wie Altkanzler Helmut Schmidt ist ein Skeptiker. An der Wall Street registriert er ein moralisches Defizit, den Verantwortlichen in Washington fehle es an Einsicht und Tatkraft. Die CDU-Kanzlerin sieht es ähnlich.

Die Welt ist enttäuscht von Amerika – und Amerika ist enttäuscht von der Welt. Ginge es nach der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung, würde sich das Land international wieder zurückziehen – militärisch, politisch und ökonomisch.



Die Mehrheit wünscht sich einen Abzug der US-Truppen aus dem Irak. Auch die Zustimmung zur Errichtung von Handelsbarrieren, um sich gegen die Unwetter der Globalisierung zu schützen, erfreut sich großer Beliebtheit. Amerika würde gern eine weltpolitische Pause einlegen.

Dieser Wunsch wird enorm befördert durch eine Welt, die Amerika als lästig empfindet und zurückdrängt – in Asien, im arabischen Raum, in Osteuropa, wo Russlands starker Mann, Wladimir Putin, auf amerikanische Verbündete in Georgien und anderswo keine allzu große Rücksicht mehr nimmt.

Nach der Periode des Isolationismus, die von einigen Jahrzehnten weltweiter Einmischung abgelöst wurde, hat wahrscheinlich Phase drei der amerikanischen Außenpolitik begonnen: der unfreiwillige Rückzug von den Kommandohöhen der Welt. Zurück bliebe ein Amerika light, wirtschaftlich geschwächt und politisch verbittert. Ein Land, zurückgestuft zur gewöhnlichen Großmacht.

Nach der Gründung der Vereinigten Staaten sprach vieles dagegen, dass in Nordamerika überhaupt eine imperiale Macht entstehen würde. Die bunte Schar, die im November des Jahres 1620 an Bord der „Mayflower“ in der britischen Kronkolonie landete, zählte zu der Sorte Mensch, die sich

für die „Äußerer Angelegenheiten“ kaum interessierte.

Auch sonst kamen Europäer, die den Alten Kontinent vor allem hinter sich lassen wollten. Kaufleute und religiöse Fanatiker, Glücksritter und Notleidende. Sie hielten Ausschau nach Siedlerland, Gold und Religionsfreiheit. Nichts lag ihnen ferner als die Wörter Imperium, Expansion, Weltherrschaft.

Mit der Staatsgründung 1776 verfestigten sich zwar die staatlichen Strukturen, aus der losen Sammlung von Gemeinwesen wurde eine Nation. Aber noch immer deutete nichts darauf hin, dass diese Menschen irgendwann für sich das Recht des vorsorglichen Angriffs beanspruchen oder ein Gefangenlager mit staatlicher Foltererlaubnis einrichten würden.

Zunächst konzentrierten sich die Amerikaner ganz auf das Geldverdienen. Sie rammten Telegrafmasten in die Landschaft, verlegten Bahnschwellen, erfanden die Massenproduktion des Automobils und begründeten auf diesem Reichtum eine „Great Power“, wie der britische Historiker Paul Kennedy die USA charakterisierte.

Aber selbst der früh beginnende wirtschaftliche Aufstieg Amerikas war zunächst nicht von einer expansiven Außenpolitik begleitet. Allein in der kurzen

VERHASSTES AMERIKA
Wenn irgendwo auf der Welt gegen die USA demonstriert wird, dann gehört das Verbrennen der amerikanischen Fahne meist zum Ritual. Das Foto zeigt iranische Demonstranten in Teheran (1995).



FREUNDLICHE BESATZER

Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühten sich die GIs um fairen Umgang mit den Besiegten. Das Bild zeigt einen amerikanischen Soldaten im Jahr 1944 in Italien nach der Befreiung vom Faschismus.

KONFERENZ IN QUEBEC

Im August 1943 vereinbarten US-Präsident Franklin D. Roosevelt (2. v. l.) und der britische Premier Winston Churchill (2. v. r.), an der Entwicklung von Nuklearwaffen zu arbeiten. Das Foto zeigt sie zusammen mit Kanadas Regierungschef William Lyon Mackenzie King (l.) und dem britischen Generalgouverneur in Kanada, Earl of Athlone (r.).

Spanne zwischen 1870 und 1900 verdreifachte sich das Bruttosozialprodukt, und die Industrieproduktion legte um das Vierfache zu. Aber Amerika hatte der übrigen Welt den Rücken zugekehrt. Außenpolitik? Wofür?

Der große Binnenmarkt reichte, die Warenproduktion abzusetzen. Man war sich selbst genug. Noch 1892 schlug ein Kolumnist des „New York Herald“ vor, das Außenministerium abzuschaffen, da es auswärts nichts zu erledigen gebe. Die „Splendid Isolation“, das aus Großbritannien importierte Schlagwort, das so viel wie „schöne Einsamkeit“ bedeutet, kennzeichnete diese erste Phase im Leben der USA.

Die beiden europäischen Weltkriege beendeten den Isolationismus, aber auch das war ein mühsamer, ein quälender Prozess, weshalb viele Historiker Amerika noch heute eine Weltmacht wider Willen nennen.

Ausweislich der Meinungsumfragen, die schon damals durchgeführt wurden, waren in der Zeit des beginnenden Ersten Weltkriegs zwei Drittel der US-Bürger dagegen, sich in die Völkerschlacht einzumischen. Präsident Thomas Woodrow Wilson

lieh dem Volkswillen zunächst seine Stimme. Das Land, sagte er, sei „zu stolz, um zu kämpfen“ („too proud to fight“). Ziel seiner Politik sei der Friede, „weil der Friede, nicht der Kampf, das heilende und erhebende Element der Welt ist“.

Erst als deutsche U-Boote verstärkt auch amerikanische Schiffe attackierten, griff Amerika im April 1917 in die Völkerschlacht ein. Rund eineinhalb Jahre später war der Krieg zu Ende.

Da das amerikanische Territorium frei von Verwüstung geblieben war, sprang sofort nach Ende der Kampfhandlungen der amerikanische Exportmotor an. Das Land erzeugte nun weltweit knapp die Hälfte aller industriellen Güter, das Nationaleinkommen war so groß wie das der 23 wohlhabendsten Staaten der Welt. „Wir sind nicht länger Bewohner einer Provinz“, rief Präsident Wilson den Kongressabgeordneten zu. Der Krieg habe die Amerikaner „zu Bürgern der Welt“ gemacht, sagte er.

Doch die Amerikaner wollten noch nicht Bürger der Welt sein. Der Völkerbund, ein Lieblingsprojekt Wilsons, wurde ohne die USA gegründet. Und auch die Europäer wiesen Wilsons Deutschlandpolitik, die eine schnelle Re-Integration des Kriegsverlierers vorsah, zurück. Amerika kehrte zu sich selbst zurück. Außenpolitik wurde wieder Nebensache. US-Präsident Calvin Coolidge, der kurz darauf ins Weiße Haus zog, verlor in seiner Autobiografie kaum ein Wort über sie.

In der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre zeigte sich, dass Amerika noch immer keine Großmacht war, sondern nur eine große Macht. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte auf die Great Depression provinziell. Bisher hatten die Vereinigten Staaten ihre Lieferanten im noch vom Weltkrieg gezeichneten Europa mit Krediten versorgt. Nun forderten sie das Geld zurück, und sie erhöhten die Einfuhrzölle schnell und steil, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen wenigen Monaten befand sich die Welt in einem Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. Das Weltsozialprodukt schrumpfte. Auf das ökonomische Versagen folgte ein Staatsversagen.

Der Zweite Weltkrieg brachte für Amerika die Rettung aus den ökonomischen Schwierigkeiten –





und schließlich auch den Durchbruch zur Weltmacht. Der US-Präsident, der nach Hoovers Abwahl nun Franklin Delano Roosevelt hieß, zögerte zwar, sich erneut in eine europäische Auseinandersetzung einzumischen. Der Kongress hatte schließlich 1935, 1936 und 1937 sogenannte Neutralitätsgesetze verabschiedet, um das Land vom Rest der Welt fernzuhalten. Doch am Ende tat Roosevelt, was die freie Welt von ihm erwartete: Die USA bildeten zusammen mit Franzosen, Briten und Russen die Anti-Hitler-Koalition.

Erst nach diesem zweiten Waffengang der Amerikaner in Europa war eine Weltmacht zu besichtigen, die sich auch so verstand. In den ersten 150 Jahren ihrer Geschichte hatten sich die USA hier und da eingemischt, aber zu einer dauerhaften Mitwirkung am Weltgeschehen war es nicht gekommen. Nun aber war die Zeit der Isolation und der Unentschiedenheit endgültig vorbei. Die Frontstellung mit der Sowjetunion ließ einen neuerlichen Rückzug aus Europa nicht zu.

Auch die Wirtschaftsinteressen der USA erforderten ein globales Engagement. Ein weltweiter Kapitalmarkt entstand, dessen vornehmstes Ziel es war, die Staaten Westeuropas an die Wertschöpfungskreisläufe der USA anzuschließen. Zweistellige Milliardenbeträge flossen über den Atlantik.

Die Russen beschwerten sich, Moskaus Außenminister Wjatscheslaw Molotow nannte die Wirt-

schaftshilfe der USA „imperialistisch“, was sie ohne Zweifel auch war. Sie sollte vor allem den Interessen der Vereinigten Staaten dienen, aber das vom Krieg verwüstete Europa und vor allem Deutschland profitierten davon.

Bei der ökonomischen Landnahme Westeuropas galt die Devise, die US-Präsident Coolidge schon in den zwanziger Jahren ausgegeben hatte: „Amerikas Geschäft ist das Geschäft.“ Die Kontinente hießen zwar weiter Amerika und Europa, aber ökonomisch, politisch und kulturell war man zum „Westen“ verschmolzen. Das wirtschaftliche Betriebssystem für mehr als eine halbe Milliarde Menschen stammte aus den USA. Der Dollar dominierte das Wirtschaftsgeschehen.

Der Erfolg der Weltmachtpolitik bestand vor allem darin, die eigenen Interessen mit denen der Partner zu verbinden. Die aggressive Militärpolitik wurde – eher billigend als zustimmend – von den westlichen Europäern in Kauf genommen.

Nahezu alle US-Regierungen führten mit großer Selbstverständlichkeit Krieg gegen jedermann, der ihren Wirtschafts- oder Sicherheitsinteressen in die Quere kam. In Lateinamerika wurde zwischen 1960 und 1990 nahezu jeder zweite Staat von den USA auf die eine oder andere Art attackiert.

Direkte Interventionen wie die Landung von Exilkubanern mit logistischer Unterstützung der US-Marines in der kubanischen Schweinebucht oder der

AMERIKANISCHE HILFE
Aus Mitteln des Marshall-Plans wurden in den fünfziger Jahren im italienischen Triest Schiffe gebaut. Das Projekt brachte Tausenden Arbeit und Einkommen. Auch Deutschland profitierte nach dem Zweiten Weltkrieg von den Hilfgeldern des Marshall-Plans.



INVASION IM HINTERHOF
In den Karibikstaat Grenada marschieren im Oktober 1983 US-Truppen ein und stürzen die amtierende Linksregierung.

von Ronald Reagan befehligte Einmarsch auf Grenada wechselten sich mit verdeckten CIA-Operationen ab. Ob die Hilfe beim Sturz Salvador Allendes in Chile oder die Unterstützung des Guerillakriegs gegen die Revolutionsregierung der Sandinisten in Nicaragua, die USA betrieben eine Außenpolitik mit Feuer und Schwert.

Amerikanische Firmen betrachteten Lateinamerika als Rohstoffquelle und die Bewohner als billiges Arbeitskräftereservoir. Die Regierung verstand den gesamten Kontinent als ihren „Hinterhof“. Mit Ausnahme von Jimmy Carter gab es in den vergangenen 60 Jahren keinen einzigen US-Präsidenten, der nicht offen das Militär in Marsch setzte.

Selbst die Regierung Clinton, die im kollektiven Gedächtnis für die goldenen neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts verantwortlich zeichnet, intervenierte am laufenden Band: Ende 1992 Einmarsch in Somalia, 1994 Landung von 20 000 Soldaten auf Haiti, 1995 Luftangriffe auf serbische Stellungen in Bosnien, wenig später dann der Einmarsch im Kosovo. Mit gezielten Luftschlägen – ausgeführt von Marschflugkörpern – heizte man den Taliban in Afghanistan





ein, dann den Machthabern im Sudan; dem Regime des Saddam Hussein schickte Clinton bereits Ende 1998 im Zuge der „Operation Desert Fox“ vier Tage lang Kampfbomber vorbei. Schon damals war die Weigerung Husseins, mit den Waffeninspektoren der Uno zu kooperieren, der Anlass.

Ging es um die außenpolitischen Interessen der USA, gab es in Amerika meist nur eine Partei, die Partei der Patrioten. Wer die Aussagen der Spitzenpolitiker bei Licht betrachtet, hat selbst im Rückblick Mühe, die parteipolitische Einfärbung zu erkennen.

„Wir müssen mehr als nur Zuschauer sein, ja sogar mehr als nur handelnde Personen. Wir müssen die Autoren der Geschichte unseres Zeitalters sein“, sagte die demokratische Außenministerin Madeleine Albright. „Wir sind noch immer die unentbehrliche Nation auf dieser Welt“, ergänzte Präsident Clinton 1997.

Dagegen klang es geradezu maßvoll, was George W. Bush im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2000 sagte: „Wenn wir eine arrogante Nation sind, wird man uns das übelnehmen. Sind wir dagegen eine bescheidene, aber starke Nation, wird man uns willkommen heißen.“

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center war es mit der Beschei-

KUBA UND CHILE

1961 landeten Exilkubaner mit US-Unterstützung in der Schweinebucht auf Kuba. Die Invasion misslingt. Das Foto zeigt gefallene Invasionssoldaten. 1973 stürzten Putschisten mit US-Billigung Chiles Präsidenten Salvador Allende. Das Foto zeigt Allende im Moneda-Palast, seinem Amtssitz.

TELEFONKONFERENZ

Während der Invasion in Grenada amtiert im Weißen Haus der Republikaner Ronald Reagan. Wegen der Militäraktion kommt es zu Verstimmungen mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Die Eiserne Lady ist gegen die Invasion. Das Bild zeigt Reagan 1983.

CORBIS (O.L.); THE WHITE HOUSE / AG. FOCUS (U.L.); GAMMA / STUDIO X (O.R.); NEW YORK TIMES (U. R.)



PATRIOTEN

Wenn es um die außenpolitischen Interessen der USA geht, gibt es in Amerika parteiübergreifend nur Patrioten. Madeleine Albright war in der Regierung von US-Präsident Bill Clinton Außenministerin. Kaum anders als ihre republikanischen Gegenspieler ist auch die Demokratin überzeugt von Amerikas weltweiter Mission. „Wir müssen die Autoren der Geschichte unseres Zeitalters sein“, sagte sie.

denheit, die ohnehin nur eine rhetorische war, vorbei. Bush, der für sich nun das Recht der vorsorglichen Intervention reklamierte, wurde zum Inbegriff des arroganten Amerikaners, was ihm die Welt, wie von ihm vorhergesagt, übelnahm.

Wer die Vereinigten Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts betrachtet, sieht noch immer eine Weltmacht. Aber es ist eine Weltmacht, die von außen Konkurrenz und im Innern Schwierigkeiten bekommen hat. Der Aufstieg der Asiaten führte zum relativen Abstieg der amerikanischen Volkswirtschaft. „Newsweek“-Chefredakteur Fareed Zakaria spricht vom „postamerikanischen Zeitalter“.

Die Außenpolitik der USA hat stets den ökonomischen Aufstieg begleitet und befördert. Nun wird sie auch aus dem relativen Abstieg des Landes ihre Schlüsse ziehen müssen.

Der Unterschied zur Glanzzeit der amerikanischen Volkswirtschaft, als das Land weltweit mit seiner Jobmaschine und stolzen Wachstumszahlen beeindruckte, ist unverkennbar. Für vier Jahrzehnte waren die Vereinigten Staaten der größte Nettoexporteur und der größte Kreditverleiher der Welt. Auf dem Höhepunkt ihrer ökonomischen Macht hielt die westliche Führungsnation im Ausland eine Nettovermögensposition in Höhe von 13 Prozent ihres Sozialprodukts.

Diese über jeden Zweifel erhabenen USA gibt es nicht mehr. Der größte Exporteur wurde zum größten Importeur der Welt. Der wichtigste Kreditgeber verwandelte sich in den bedeutendsten Kreditneh-

mer. Heute sind es die Ausländer, die in den Vereinigten Staaten eine Nettovermögensposition in Höhe von 2,4 Billionen Dollar oder 18 Prozent des amerikanischen Inlandsprodukts halten. 11 Prozent aller Aktien, 24 Prozent der Industrieschuldverschreibungen und 34 Prozent der Staatsanleihen werden von Ausländern gehalten.

In einer solchen Situation wäre eine kooperative Außenpolitik den Wirtschaftsinteressen bekömmlich, eine Politik der Allianzen und des Interessenausgleichs. Doch die USA unter Bush schlugen den umgekehrten Weg ein. Amerika trumpfte auf, womöglich ein letztes Mal.

Nach den Terroranschlägen vom September 2001 wurden Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik entkoppelt, weshalb Bush mittlerweile auch die Unterstützung der konservativen Wirtschaftskreise verloren hat. Im Zeichen der Terrorangst übernahmen die Ideologen die Führung. Sie glaubten, was der Vordenker Francis Fukuyama einst geschrieben und mittlerweile widerrufen hat: dass die USA die letzte Supermacht der Welt seien, dass die Geschichte mit dem Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus beendet sei.

In der „National Security Strategie“, dem offiziellen Dokument zur US-Außenpolitik, hieß es 2002: „Wir müssen darauf vorbereitet sein, Schurkenstaaten und ihre terroristische Klientel zu stoppen, bevor sie in der Lage sind, die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen.“ Den Kampf gegen den Terrorismus werde man gern mit den Partnern führen, aber „wir werden auch bereit sein, allein zu handeln“.

Das war neu. Nicht das einseitige Vorgehen, das haben schon viele Präsidenten vorher praktiziert. Die Provokation lag in der schriftlichen Vorlage und Verabschiedung dieser völkerrechtswidrigen Doktrin. Damit hatten sich die USA international isoliert.

Von Politikern, Militärs und Sicherheitsberatern aller Art wird seither bestritten, dass ein isoliertes Amerika ein sicheres Amerika sein kann. In der Bevölkerung, das kommt hinzu, hat die neue Doktrin nicht die Kampfeslust, sondern das Ruhebedürfnis gesteigert.

Im Ausland – vor allem in Asien, Russland und im arabischen Raum – ist man nicht bereit, die Vorherrschaft der USA weiterhin zu akzeptieren. Die großen Mächte ihrer jeweiligen Region streben selbst nach Dominanz. In der Shanghai-Organisation arbeiten mittlerweile China, Russland und Iran zusammen, auch militärisch.

So werden die USA von außen und von innen zum Rückzug gedrängt. Ein Amerika light zeichnet sich ab, das den Supermachtstatus vielleicht nicht freiwillig räumen, aber ihn zumindest anders definieren wird. Man beschränkt sich, bevor man beschränkt wird.

Die Suche nach einer neuen Rolle in der neuen Weltordnung ist nicht abgeschlossen. Wahrscheinlich wird sie in der Zeit nach George W. Bush überhaupt erst richtig beginnen.

Die Debatte der Präsidentschaftskandidaten in Mississippi wurde denn auch beherrscht von eher nachdenklichen Tönen. Das Wort „Superpower“ kam in der anderthalbstündigen Diskussion nur einmal vor – und da war das neue, das aggressive Russland gemeint.